

Resolution der Initiative Region Trier e. V. (IRT) zur geplanten Einführung einer Infrastrukturabgabe in Deutschland

Die Pläne der Bundesregierung zur Einführung einer bundesweiten Pkw-Maut bzw. Infrastrukturabgabe stoßen bei der IRT auf Ablehnung und Unverständnis. Das Ziel einer ausreichenden und langfristig gesicherten Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur wird mit der geplanten Infrastrukturabgabe deutlich verfehlt. So stehen einem erheblichen bürokratischen Aufwand sowie drohenden Konflikten mit den Nachbarstaaten – wenn überhaupt – nur geringe Nettoerträge für eine Anhebung der Infrastrukturmittel gegenüber. Statt eine neue Abgabe einzuführen, fordert die IRT daher eine zielgerichtete Verwendung der vom Bund jährlich aus verkehrsbezogenen Steuern und Nutzerentgelten erzielten Einnahmen. Diese liegen heute bereits bei über 50 Mrd. Euro, bislang werden davon jedoch nur etwa 20 Mrd. Euro direkt in den Verkehr investiert.

Obwohl der Gesetzentwurf vor dem Hintergrund massiver Kritik aus zahlreichen Grenzregionen Deutschlands bereits angepasst wurde und für ausländische Fahrzeuge zunächst nur auf Autobahnen eine Maut erhoben werden soll, drohen hierdurch nach Einschätzung der IRT dennoch erhebliche Konflikte im Grenzraum der Region Trier. Sollte es bei der Mautfreiheit der Bundesstraßen für ausländische Fahrzeuge bleiben, wären infolge der Regelung erhebliche Verlagerungseffekte auf die ohnehin vielfach überlasteten Bundesstraßen zu befürchten. Wird die Maut infolgedessen dann, wie im Gesetzentwurf vorgesehen, auch auf diese Bundesstraßen ausgedehnt, wäre wieder die ursprüngliche Problematik gegeben und eine massive Störung des kleinen Grenzverkehrs zu erwarten, mit gravierenden Folgen für die Wirtschaft im Raum Trier. Auch die Bemühungen um ein grenzüberschreitendes Zusammenwachsen der Großregion, die in vielen wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Kontakten ihren Ausdruck finden, wären hierdurch womöglich gefährdet. Dies umso mehr, sollten weitere Länder dem Beispiel Deutschlands folgen und ihrerseits vergleichbare Abgaben einführen.

Sollte die Bundesregierung trotz der Kritik an der Einführung einer Infrastrukturabgabe festhalten, muss eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Verkehrsinfrastruktur gewährleistet werden. Hierzu müssen die Einnahmen aus der Abgabe, entgegen der bisherigen Planung, dauerhaft zusätzlich zu den bestehenden Haushaltsmitteln in die Bundesfernstraßeninfrastruktur fließen. Im Sinne eines konsequenten Umstiegs von der Steuer- auf die Nutzerfinanzierung wäre zudem eine enge Zweckbindung der Mittel für den Straßenbau zu garantieren. Angesichts der erheblichen Einnahmen des Bundes aus dem Verkehrssektor und insbesondere dem Bereich Straße sollte sichergestellt werden, dass eine Infrastrukturabgabe auch langfristig nicht zu einer Erhöhung der Gesamtbelastung der Autofahrer mit staatlichen Abgaben führt.

Peter Adrian
IHK-Präsident

Dr. Jan Glockauer
IHK-Hauptgeschäftsführer

Rudi Müller
HWK-Präsident

Dr. Manfred Bitter
HWK-Hauptgeschäftsführer

Klaus Jensen
IRT-Vorsitzender

Dr. Matthias Schmitt
IRT-Geschäftsführer

Die IRT ist eine in der Region verankerte Öffentlich-Private-Partnerschaft, in der die regionalen Stadt- und Landkreise, weitere Gebietskörperschaften, Kammern und Verbände, öffentliche Institutionen, Hochschulen, Unternehmen und engagierte Einzelpersonen seit 1994 eine effektive Basis zur Zusammenarbeit finden. Die IRT hat sich zum Ziel gesetzt, die Zukunft der Region Trier als wirtschaftlich attraktiven, kulturell bedeutsamen, ökologisch intakten und europäisch orientierten Raum mit hoher Lebensqualität zu sichern und diese Standortfaktoren aktiv zu fördern. Zentrale Aufgabe der IRT ist es, im Verbund mit ihren Mitgliedern die Region Trier wirtschaftlich und gesellschaftlich weiter zu entwickeln und diese als modernen Wirtschaftsstandort sowie attraktiven Lebens- und Kulturraum nachhaltig nach innen und außen zu profilieren.